

Braun für Vertragsrevision . . .

Ohne Lastenerleichterung keine Beruhigung Europas
Paris, 16. Oktober

„Bolonté“ veröffentlicht ein Interview ihres nach Deutschland entsandten Sonderberichterstatters mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun. Dieser erklärte u. a.: Wenn man nicht die Finanzlage Deutschlands erleichtert, wenn man nicht die drückenden Budgetlasten, die das Ergebnis der aus Ausland zu leistenden Zahlungen sind, mildert, wird der Kampf gegen die Nationalsozialisten und gegen die Kommunisten keine dauerhaften Ergebnisse zeitigen können. Es ist klar, daß bei ausgehungerten, durch eine trost- und hoffnungslose Lage niedergeschlagenen Menschen die besten Vernunftgründe nichts ausrichten würden. Es handelt sich nicht darum, ob ein Teil des deutschen Volkes dem Frieden feindlich gesinnt und folglich für Europa gefährlich ist; notwendig dagegen ist, Deutschland Hilfe zu bringen, indem man die aus dem Vertrag sich ergebenden Lasten erleichtert. Auf diese Weise wird man die Richtigkeit unseres Volkes daran hindern, zu den extremen Parteien überzugehen, und die Gefahr, die sich daraus für den europäischen Frieden ergeben würde, vermeiden.

Staatssekretär Dr. Weismann erhob die Frage, ob es noch lange möglich sein würde, die Verträge zu erfüllen, selbst wenn Deutschland den ehrlichen Willen dazu hätte. Auch er sprach von den drückenden Lasten des Young-Planes und wies darauf hin, daß Deutschland bald seine volle Souveränität wieder erhalten und mit den anderen Nationen auf völlig gleichen Fuß gestellt werden müsse. So schwierig all diese Fragen auch sein möchten, so mühten sie sich doch mit Frankreich regeln lassen. Ernst sei eigentlich nur die Frage des Danziger Korridors; aber auch hier könnte Frankreich helfen, eine Lösung zu finden.

... Poincaré dagegen

Paris, 16. Oktober.

Raymond Poincaré wendet sich in einem auch in einer amerikanischen Zeitung abgedruckten Artikel gegen etwaige Versuche Deutschlands, sich durch die Beseitigung der Young-Plan-Bestimmungen Erleichterungen zu verschaffen. Deutschland müsse wissen, daß es seinen Kredit vernichte, wenn es in Europa und Amerika den Eindruck erwecke, als wolle es an eine ganze Reihe von Veränderungen in der Organisation der Welt. Über die Anwendung des Young-Plans nur mit Zustimmung oder sogar nur auf die Initiative der Gläubigerstaaten getroffen werden. Sämtliche interessierten Regierungen würden hoffentlich einsehen, daß sie bis an die äußerste Grenze der Konzessionen gegangen seien. Deutschland habe von ihnen einen Vertrauensbeweis erhalten und dürfe sich dessen nicht unwürdig zeigen. Deutschland dürfe keine Ausflüchte machen und keine Kampagne gegen die Verträge führen. Es müsse vielmehr seinen Kredit konsolidieren und auf Millitation und Stärkung der Ordnung verzichten. Möglichenfalls mühten die Gläubigerstaaten Deutschland dies energisch klar machen.

Auf das unwissende Ausland ist der Passus seines Aufsatzes abgestellt, daß Deutschland seit einigen Jahren gewaltige Aufwendungen für militärische Vorbereitungen, öffentliche Arbeiten und Propaganda gemacht habe. Sonst wäre es in der Lage gewesen, den Dawes-Plan und heute auch den Young-Plan auszuführen. Poincaré wird wohl wissen, weshalb er mit solchen abenteuerlichen Märchen operiert, die er selbst nicht glaubt.

Keine Erleichterungen in Südtirol

Deutsche Privatschulen bleiben verboten

Berlin, 16. Oktober.

Zu dem in einem Teil der Presse veröffentlichten Meldungen über angebliche Wiedereinführung der deutschen Privatschulen in Südtirol wird dem Verein für das Deutschtum im Ausland von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß diese Nachrichten leider sich nicht bewahrheiten. Das offizielle sächsische Parteiorgan „Der Bann“ (Trient) nennt die Meldungen absurd und sagt, daß die gegenüber Südtirol eingeschlagene Politik des Regimes kein Zurück gestatte. Auch gegen den häuslichen Deutsch-Unterricht werden immer noch behördliche Maßnahmen getroffen.

Hitler über die Berliner Vorfälle

London, 16. Oktober.

Der Berliner „Times“-Korrespondent hatte ein Interview mit Adolf Hitler, in dem dieser die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Ausschreitungen am Montag ablehnte. Er erklärte weiter, wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage fortwähre, werde Deutschland vor Ende des Winters wie ein Ruinort sein, das von einem einzigen Funken in die Luft gesprengt werden könne. Die Mittelparteien im Reichstag würden hoffnungslos gespalten sein, und die Welt würde zu wählen haben zwischen einem bolschewistischen und einem nationalsozialistischen Deutschland. Ein bolschewistisches Deutschland würde die Zahlung der Reparationsschulden ebenso wie die Begleichung privater Verbindlichkeiten ablehnen.

Ein nationalsozialistisches Deutschland würde niemals Schecks unterzeichnen, die es nicht einlösen könne. Es werde die politischen Zahlungen nicht leisten, weil es sie nicht leisten könne, aber wie jeder ehrliche Kaufmann wäre es bereit, seine privaten Anleihen beim Ausland zurückzahlen und alle ihm aus solchen Anleihen erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Finnlands Expräsident aufgefunden

Helsingfors, 16. Oktober.

Der frühere Staatspräsident Prof. Stahlberg und seine Frau, die spurlos verschwunden waren, sind in früher Morgenstunden in Joensuu in Ostfinnland aufgefunden worden; sie sind unverletzt. Die Vermutung, daß sie entführt worden sind, hat sich als falsch erwiesen. Die Entführer sind der Polizei angeblich bekannt, doch wurden Mitteilungen bisher nicht gemacht. Bekannt wurde lediglich, daß der Chauffeur des Autos, mit dem Stahlberg entführt worden ist, festgenommen worden ist. Er heißt Jeanné. Ueber seine Personallisten ist bis-

her weiter nur bekannt, daß er an dem finnischen Freiheitskrieg teilgenommen hat.

Wie zu der Entführung des früheren finnischen Staatspräsidenten Stahlberg und seiner Frau berichtet wird, ist die Tat von 4 Lappo-Leuten verübt worden. Nach einem Bericht von Professor Stahlberg selbst wurden er und seine Frau mit vorgehaltenen Revolvern gezwungen, in den Wagen einzusteigen, der sich sofort in rasender Fahrt nach der Grenze zu in Bewegung setzte. Erst in Joensuu, das nachts erreicht wurde, wurde Halt gemacht, um auf einen anderen Wagen zu warten, der vom Osten herkommen und ihn und seine Frau über die Grenze bringen sollte. Einer der vier Leute, der ausgestiegen war, um Ausschau zu halten, kam plötzlich wieder zurück mit dem Befehl, daß die Polizei hinter ihm her sei. Darauf flüchteten alle vier, während Stahlberg und seine Frau von einer Polizeipatrouille gefunden und nach Joensuu gebracht wurden.

Politische Folgen der Entführung Stahlbergs?

Kopenhagen, 16. Oktober. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, sind nunmehr auch die übrigen drei an der Entführung Stahlbergs beteiligten Personen festgenommen worden. Weitere Verhaftungen werden erwartet. Während Stahlberg der festen Überzeugung Ausdruck gibt, daß es sich bei den Tätern um Lappoleute handle, erklärt das Parteibüro, daß die Lappobewegung mit der Entführungsgeschichte nichts zu tun habe. In Helsingfors rechnet man damit, daß die Angelegenheit politische Folgen haben wird. Der Rücktritt des Innenministers wird für sehr wahrscheinlich gehalten. Vereinzelt wird sogar von der Möglichkeit eines Rücktritts des Gesamtkabinetts gesprochen.

Helsingfors, 16. Oktober. Bei den vier im Zusammenhang mit der Verschleppung Stahlbergs Verhafteten handelt es sich nach polizeilicher Feststellung um Mitglieder des radikalsten Verbandes ehemaliger Frontkämpfer. Obgleich die Verhafteten nicht in direkten Beziehungen zur Lappobewegung stehen, wird darauf hingewiesen, daß durch solche Gewaltmaßnahmen auch die Lappobewegung geschädigt wird.

Vor der Regierungserklärung

Berlin, 16. Oktober.

Die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Reichstags entspricht den allgemeinen Erwartungen. Allerdings ist die Mehrheit Böbes größer, als man vielfach angenommen hatte. Das wird in parlamentarischen Kreisen nicht zuletzt darauf zurückgeführt, daß auch in der Stichwahl nicht alle Deutschnationalen für Dr. Schulz eingetreten sind. Das stimmungsmäßige Ergebnis dieser Wahlen ist eine starke Verärgerung der Deutschen Volkspartei gegen die Deutschnationalen, die schon einsetzte, als diese im ersten Wahlgang für einen Angehörigen ihrer eigenen Fraktion stimmten. In Kreisen der Deutschen Volkspartei machte man daraus den Deutschnationalen den Vorwurf, den Eindruck einer großen Demonstration der gesamten Rechten verleiht zu haben. Diese Stimmung fand ihren Niederschlag, als der Vizepräsident Graef gewählt wurde. Die Deutsche Volkspartei revidierte sich, indem sie zunächst für Dr. von Kardorff und in der Stichwahl zum großen Teil für den Abgeordneten Pfleger eintrat, ohne daß diese Handlung freilich irgendwelche praktische Folgen hatte. Durch diese stimmungsmäßige Entwicklung ist der Bruch der Deutschen Volkspartei mit dem Zentrum, der aus ihren Kreisen wegen des Eintretens des Zentrums für Löbe angeklagt wurde, verhindert worden, so daß die Haltung der Deutschnationalen dem Einvernehmen zwischen den Regierungsparteien zugute kommt. Das ist nach Ansicht parlamentarischer Kreise nicht ohne Bedeutung für die Abstimmung über die Mißtrauensanträge, die, wie man übrigens festern glaubt, nicht vor Dienstag stattfinden würde.

Anschluß des Bayerischen Bauernbundes an das Deutsche Landvolk

München, 16. Oktober.

Die Pressestelle des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes gibt bekannt, daß die Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes im Reichstage sich der Fraktion Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) angeschlossen haben. Damit ist die Fraktion, der schon vorher die drei Abgeordneten des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes beigetreten sind, nunmehr mit 27 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion der bürgerlichen Parteien im Reichstag.

Amerika unterkügt die brasilianische Regierung

Washington, 16. Oktober.

Staatssekretär Stimson hat bekanntgegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die brasilianische Bundesregierung voll und ganz unterstützen und amerikanischen Fabrikanten gestatten werde, Munition an die Bundesregierung, aber nicht an die Aufständischen zu verkaufen.

126000 Metallarbeiter im Streik

Berlin, 16. Oktober.

Wie von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt wird, haben gemäß der vom Berliner Metallarbeiterverband ergangenen Streikparole am Mittwoch rund 126 000 von 140 000 Metallarbeitern und -arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Der Streik hat bis jetzt 276 Betriebe erfaßt. Die christlichen Metallarbeiter haben sich dem Streik angeschlossen. Nach dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis der Abstimmung haben sich rund 90 600 Belegschaftsmitglieder für und 15 800 gegen den Streik ausgesprochen. Arbeiter über 60 Jahre und Kriegsbeschädigte wurden in den Betrieben belassen.

Von Seiten des Reichsarbeitsministeriums sind Schlichtungsverhandlungen eingeleitet worden, die vom Ministerialrat Meves geführt werden sollen. Am Donnerstag wird der erste Versuch unternommen werden, die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Von Arbeitnehmerseite wird erklärt, daß sie jeden Versuch, eine Lohnkürzung durchzuführen, mit allen Mitteln bekämpfen würde, während die Arbeitgeber auf ihrem Lohnabbauantrag bestehen bleiben, sich aber mit dem erwaanten Schieds-

pruch abfinden würden. Bei längerer Dauer des Streiks fürchtet man Rückwirkungen auch auf andere Industrien, vor allem auf die Elektro- und Bauindustrie. Vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund ist eine Entschließung gefaßt worden, in der den streikenden Metallarbeitern die Solidarität der Angestellten zum Ausdruck gebracht wird und den beiden Ortskartellvorsitzenden Vollmachten gegeben worden sind, die Durchführung notwendig werdender Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Annahme des Metallschiedspruchs durch die Arbeitgeber

Antrag auf Verbindlichkeitsklärung.

Berlin, 15. Oktober. Der Verband Berliner Metall-Industrieller faßte in einer Sitzung am Mittwoch nachmittags den Beschluß, den Metallschiedspruch anzunehmen und seine Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister zu beantragen.

Die Nationalsozialisten für den Streik

Die Gauleitung Groß-Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veröffentlicht einen Aufruf, in dem der Metallarbeiterstreik als berechtigt und auf geschickter Grundlage beruhend, erklärt wird. Der Kampf, so heißt es, gehe um das tägliche Brot und gegen die Dawes- und Young-Politik. Daher mühten auch die Nationalsozialisten an diesem Streik teilzunehmen. Wer Streitarbeit leiste, werde aus der NSDAP ausgeschlossen.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber

In Kreisen der Berliner Metallindustriellen rechnet man nach der bisherigen Entwicklung der Streikfrage damit, daß so ziemlich sämtliche Betriebe stillgelegt werden. In Kreisen der Arbeitgeber wird der Tarifstreit als eine grundsätzliche Frage aufgefaßt, bei der es darauf ankomme, daß die Industrie entsprechend den Grundlinien des Regierungsprogramms auf eine Senkung der Preise hinarbeite. Ihre Voraussetzung sei die Verminderung der Herstellungskosten, also auch der Löhne. In diesem Zusammenhang hat sich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch eingehend mit dem Vorschlag der Gewerkschaften, auf Verkürzung der Arbeitszeit besetzt, durch die die Wiedereinstellung von Arbeitskräften ermöglicht werden soll. Die Arbeitgeber sehen in dem Vorschlag kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit nur vergrößert werde, da die Bewegungsfreiheit der Betriebe eingeengt und die Produktionskosten gesteigert würden. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Selbstkostensenkung möglich. Dazu gehöre die Senkung des Lohnes, gegebenenfalls durch Verlängerung der Arbeitszeit mit entsprechendem Stundenlohn.

Belästigung Arbeitswilliger

Berlin, 16. Oktober.

Vor dem Industriegebäude in der Lindowerstraße sammelten sich gestern nachmittags, nach einer Mitteilung der Polizei, gegen 250 Personen an, die bei Arbeitslosmachung der Arbeitswilligen zu belästigen suchten. Da der wiederholten Aufforderung der Polizei auseinanderzugehen, nicht Folge geleistet wurde, mühten die Beamten unter Anwendung des Gummiknüppels die Menge auseinanderzutreiben. In der Quilmstraße wurden vier Arbeiter der Allgemeinen Transportgesellschaft, die mit dem Verladen von Motoren beschäftigt waren, von Streikenden belästigt, wobei einer von ihnen am Kopfe verletzt wurde. Die Streikenden Arbeiter hatten irtümlich angenommen, daß es sich bei den vier Arbeitern um solche einer bestreikten Firma handelte.

Behaltsenkung der leitenden Angestellten

Berlin, 16. Oktober.

Wie der Verband der Berliner Metallindustriellen mitteilt, empfiehlt die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller auf Grund eines gestern gefaßten einstimmigen Beschlusses den Verbandsmitgliedern die Preis- und Kostensenkung dadurch zu fördern, daß sie mit ihren Direktoren, Profuratoren und sonstigen leitenden Angestellten angemessene Verminderung ihrer gesamten Bezüge vereinbaren.

War Deutschland 1914 gerüstet?

In der kleinen bretonischen Hafenstadt Quimper hat der französische Staatspräsident Doumergue bei einem Empfang durch den dortigen Gemeinderat am vergangenen Donnerstag u. a. gesagt: „Es ist gut, ich möchte nicht sagen Ja, aber eine Art Respekt einzulösen. Auf diese Weise werden Frieden und Sicherheit gewährleistet.“

Nach diesem Rezept handelt Frankreich all die Jahre, handelte es auch jüngst wieder in Genf, wo man sich um die längst spruchreife Abrüstungskonferenz stritt und wo Frankreich es durch alle möglichen faulen Ausflüchte durchsetzte, daß eine Terminsetzung für die Einberufung dieser Konferenz unterblieb. Frankreichs Rüstungspolitik geht also darauf aus, mit seinen Riesenheeren und Flotten, mit seinen Befestigungsanlagen und seiner Waffentechnik Furcht zu erregen. Der Ausspruch Doumergues läßt gar keinen Zweifel daran, daß die maßgebenden Stellen der französischen Politik gar nicht an Abrüstung denken.

Mit dieser Methode geht Frankreich den Weg weiter, den es schon vor dem Kriege verfolgte und der dann in den Weltkrieg führte, auf den Frankreich militärisch und politisch mit allen Mitteln hingearbeitet hat. Gerade das Wort Doumergues von der Furcht einschüßenden Rüstung Frankreichs läßt es angebracht erscheinen, auf die Verhältnisse vor dem Kriege hinzuweisen. Soeben ist im Verlag Metzler & Sohn, Berlin, in der Reihe der Gesamtpublikationen des Reichsarchivs: „Der Weltkrieg 1914—1918“ eine neue Veröffentlichung erschienen betitelt: „Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft“.

Ist die Beschuldigung, die gegen Deutschland und seine Kriegsdiplomatie in Versailles erhoben wurde, auf den Weltkrieg führte, auf den Frankreich militärisch und politisch mit allen Mitteln hingearbeitet hat, durch die Nachkriegsforschung historisch widerlegt, so fällt diese Anklage in ihrer Beweiskraft hinsichtlich der militärischen Rüstung und wirtschaftlichen Vorbereitung jetzt ebenfalls in sich zusammen. Im einzelnen sei zu dem Kapitel über die